

Diskussionspapier

des Stadtverbandsvorstandes der Wittener SPD zur Parteireform (Stand: 25.01.2007)

Präambel

Dieses Papier soll Diskussionsgrundlage in den Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften sein. Das Ziel ist einfach formuliert - die Wittener SPD kämpft für eine klare Mehrheit 2009 - auf lokaler und auf Bundesebene. Daneben soll der Diskussionsprozess dazu dienen, die Reform der NRW SPD mit dem Ziel Mehrheit 2010 zu begleiten. Langfristig wird sich die Wittener SPD bis 2020 neu aufstellen und bis dahin die Meinungsführerschaft in allen wichtigen Fragen unserer Stadt anstreben.

Vorwort

Seit über 50 Jahren ist die Wittener SPD stärkste Kraft im Rat der Stadt Witten. In den ersten 30 Jahren gewann dabei die SPD noch hinzu, wobei jedoch bereits in den 70ern die Ergebnisse stagnierten und es seit den 80ern zu einem Rückgang kam. Der Rückgang der Stimmanteile lässt sich mit den schrumpfenden Milieus und mit dem Ende der klassischen Verteilungspolitik begründen. Weitere Ursachen sind der Mitgliederrückgang, der nicht gelungene Generationenwechsel, die seit Ende der 90er aufgetretene Wechselwilligkeit der Wähler und die damit verbundene Lockerung von Parteibindungen.

Nachdem die Wittener SPD viele Jahre mit absoluter Mehrheit regiert hat, kam es im Jahre 1999 zu einer rot-grünen Koalition, um stabile Mehrheitsverhältnisse zu sichern. Schon mit diesem neuen Profil kam ein Teil der SPD nicht zurecht und entwickelte Vorstellungen, als verfüge man noch über eine absolute Mehrheit. Es gelang weder, sich vom Bündnispartner abzugrenzen, noch die erforderlichen Schritte einzuleiten, die Partei zu reformieren. In anderen Ruhrgebietsstädten hatten die SPD-Untergliederungen nach teilweise erdrutschartigen Verlusten im Jahre 1999 verschiedenste Anstrengungen unternommen, wieder an Boden zu gewinnen. Dies führte nach einer gelungenen Bundestagswahl 2002 zu der Auffassung, "es werde sich schon von selbst richten".

In Witten war es sicherlich nicht hilfreich, die begonnene Diskussion um die Organisations- und Personalentwicklung in einer "Hau-Ruck-Aktion" im Jahre 2002 vom Tisch zu wischen.

Die Konsequenz folgte bei der Kommunalwahl 2004, bei der zwar Direktwahlkreise zurück gewonnen wurden, jedoch das Ergebnis

der SPD bei fast 40,00 % stagnierte. Selbst da waren noch Mitglieder der Auffassung, es handele sich um ein "bundespolitisches" Phänomen, an dem die Kommunalpolitik nichts ändern könne. Dabei ist aber nicht erklärlich, warum in anderen Ruhrgebietsstädten die SPD zulegen oder bessere Ergebnisse halten konnte.

Ein Vergleich der Ergebnisse seit der Kommunalwahl 1999 macht deutlich, dass nunmehr die schlechten Werte stagnieren. Genauere Analysen könnten in den verlorenen Wahlkreisen in Heven und Bommern, aber auch in den knapp gewonnenen Wahlkreisen zeigen, inwieweit es sich um inhaltliche, personelle, lokale oder organisatorische Mängel handelt.

Auch das Ergebnis der Landtagswahl mit einem Anteil von 45,6% und der Bundestagswahl von 49,4 % kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Stammklientel der Wittener SPD geringer geworden ist.

Auch die Mitgliederzahl macht die Situation deutlich, die bei einer ersten Analyse der Wahlergebnisse festgestellt werden muss. Der Organisationsgrad der Wittener SPD ist dramatisch gesunken; noch Mitte der 80er Jahre lag der Anteil der Mitglieder bei 4,2% der Bevölkerung (4500 Mitglieder bei 108.000 Einwohnern). Heute erreicht die Wittener SPD nur noch einen Grad von 2,1% (2033 Mitglieder bei 101.000 Einwohnern).

Das Bild verschlechtert sich zusehends, wenn man sich die Strukturen der Mitgliedschaft ansieht. Waren Mitte der 80er noch 20% der Mitglieder unter 35 Jahren ist die Partei heute im wesentlichen überaltert, in den Vorständen der meisten Ortsvereine wird die Arbeit nur dadurch aufrecht erhalten, dass die älteren Mitglieder engagiert mitarbeiten, während die Mitglieder im Alter von 25-50 Jahren entweder wegen beruflicher oder familiärer Lebensplanung ein Engagement ausschließen, oder aber Führungsfunktionen mangels vorhandener struktureller Angebote nicht übernehmen wollen.

Die Situation im Ehrenamt

Viele Menschen sind in Witten bereit, sich ehrenamtlich einzubringen und für andere etwas zu tun. Zahlreiche Vereine mit unzähligen Ehrenamtlichen verdeutlichen dies - in unserer Stadt fördern wir deren Engagement, das Land NRW hat durch die Versicherung und durch vielzählige Fördermittel zu sozialdemokratischer Regierungszeit seinen Teil dazu beigetragen.

Dennoch belegen geringe Beitrittszahlen der politischen Parteien, dass parteipolitisches Engagement nicht so gefragt ist. Sicherlich tragen Politik- und Parteiverdrossenheit dazu bei; mögliches Fehl-

verhalten von einzelnen Politikerinnen und Politikern, schlechte Umfragedaten, Austrittswellen und dergleichen finden in der Berichterstattung über Parteien, Politik und Politikerinnen und Politiker immer und überall ein Echo.

Dagegen findet das ehrenamtliche Engagement von vielen tausend Frauen und Männern in der Kommunalpolitik, in den demokratischen Parteien und in Vereinen und Verbänden kaum Beachtung. Ohne diese Frauen und Männer ist aber ein lebendiges, demokratisches Gemeinwesen nicht denkbar.

Dieser Verantwortung sind sich mehr als 220 Vorstandsmitglieder in 19 Ortsvereinen und im Stadtverband bewusst. Entgegen des Trends sind sie bereit, ihre Freizeit im Sinne des Gemeinwohls zu opfern um ihre Partei aber auch das Gemeinwesen attraktiv zu gestalten.

Die inhaltliche Erneuerung

Viele Mitglieder der SPD finden sich heute in der Partei nicht mehr vollständig wieder; die Suche nach Zielen, Idealen und Grundwerten wird häufig von Organisationspolitik oder Allgemeindiskussionen überlagert. Eine gute Gelegenheit zu Veränderung bietet das für 2007 angedachte neue Grundsatzprogramm der Bundespartei.

Die Wittener SPD sollte sich im Prozess um die Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms aktiv einbringen, wenn möglich parallel mit dem Unterbezirk. Dazu ist mindestens bei einer Hauptversammlung dieses Thema zu besetzen; eine erste Vorstellung der Diskussion um das Grundsatzprogramm sollte in einer Ausschusssitzung erfolgen.

Im Rahmen der damit verbundenen Diskussion muss die Wittener SPD entscheiden, wie die Grundwerte von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sich in ihrer eigenen Politik wieder finden. Die Debatte um die Beteiligung von Arbeitnehmern am Kapital des Unternehmens, der Streit um eine generationengerechte Rentenpolitik aber auch die Frage, wie viel uns die Gesundheit unserer BürgerInnen wert ist macht deutlich, dass es sich um Grundwerte handelt, die nicht an Aktualität verloren haben.

Zur inhaltlichen Positionierung gehört es auch, sich seiner Wurzeln bewusst zu sein und die Geschichte der SPD, insbesondere der Wittener Partei zu erfassen und weiter zu tragen. Die Veranstaltungen zum 75. Jahrestag des Stadtverbandes Witten und zum 80. Jahrestag des Denkmals auf dem Hohenstein haben bewiesen, wie wichtig lebendige demokratische Geschichte gesehen wird.

Es sollte eine Möglichkeit gefunden werden, die Geschichte der Wittener SPD auch nach 1933 wissenschaftlich zu dokumentieren. Dazu müssen finanzielle Anstrengungen gemacht werden, eine ähnliche Publikation wie die der Zeit bis 1933 zu fertigen, mit dem Anspruch auf Lesbarkeit und professionelle Medienaufbereitung.

Dazu wird es erforderlich sein, die Mitgliedschaft aufzufordern, Video-, Bild-, Text- und Tondokumente leihweise zur Verfügung zu stellen. Die zahlreichen Jubiläumsfeiern der Ortsvereine bieten eine gute Grundlage. Daneben müssten die Informationen aufbereitet werden, die in den Köpfen unserer Mitglieder stecken.

Eine gute Möglichkeit wären Erzählcafés für Senioren, bei denen mit wissenschaftlichem Hintergrund Gespräche aufgezeichnet, protokolliert und ausgewertet werden. Aber auch Einzelinterviews mit Zeitzeugen, vielleicht auch ein Treffen ehemaliger Funktionäre sind gute Gelegenheiten, dieses Potenzial zu nutzen. Hier sollte gemeinsam mit der "Historischen Kommission" und interessierten Mitgliedern diese Aufgabe übernommen werden.

Die Auswertung der Kommunalwahlergebnisse 2004 hat gezeigt, wie wichtig es ist, die einzelnen Ergebnisse zu analysieren, ständig die Auswertungen fortzuschreiben und daraus Erkenntnisse für die politische Arbeit zu ziehen. Die mit einem Experten begonnene Datenerfassung sollte mit seiner Hilfe und den Ergebnissen der Landtags- und Bundestagswahl vervollständigt werden. Unter Regie einer kleinen Gruppe sollten dann gemeinsam mit dem Amt für Statistik die Ergebnisse unter Berücksichtigung der Einwohnerstrukturen verfeinert, in geeigneter Diskussion mit den Akteuren vor Ort und eventuell im Rahmen einer Gegnerbeobachtung verbessert werden.

Um die Themen in der Kommune wieder zu besetzen ist es erforderlich, dass Fraktion und Stadtverband gemeinsam die Themen erarbeiten, die im Jahre 2009 wahlentscheidend sein können. Daneben muss die Wittener SPD in den Kompetenzfeldern Arbeit, Soziales, Jugend und Familie erster Ansprechpartner für die BürgerInnen sein.

Um die Themen zu beschreiben könnte eine "Open-Space"-Veranstaltung der Beginn des Diskussionsprozesses sein. Gemeinsam mit der Mitgliedschaft und uns nahe stehenden Personen sollte auf dieser Vollversammlung über die Zukunft der Wittener SPD diskutiert werden.

Ausgehend von den dortigen Ergebnissen wäre es dann erforderlich, diese zu analysieren und den Diskussionsprozess in Arbeitsgruppen mit deutlichem Arbeitsauftrag auszuweiten. Dort könnte dann, gemeinsam mit Vertretern der Vereine, Verbände und Institutionen weiter diskutiert werden.

Im Ergebnis könnte so gemeinsam mit den BürgerInnen die Wahlplattform der Wittener SPD für die Wahl 2009 entstehen. Dazu ist aber viel Mut erforderlich, sich auch mit Menschen zusammen zu setzen, die uns vielleicht nicht nach dem Mund reden, aber im Ergebnis eine Verbesserung der Lebensbedingungen in unserer Stadt wünschen.

Auch innerparteilich kann der Diskussionsprozess um Parteiform, die Einbindung der Ressourcen unserer Mitgliedschaft aber auch allein der Gedanke "eine große Familie zu sein" zu einer Wiederbelebung des Parteilebens führen.

In diesem Zusammenhang ist darüber nachzudenken, ob nicht einmal im Jahr ein großes Fest für die Mitgliedschaft organisiert wird, bei dem es darum geht, sich "Wohlfühlen" und "Gemeinsamkeit" zu entdecken. Das Mitgliederfest im Sommer 2006 war ein guter Beweis für die Notwendigkeit einer solchen Veranstaltung.

Daneben könnte eine zentrale "Tanz in den Mai"-Feier, oder aber auch ein zentrales Osterfeuer dazu führen, dass die Mitgliedschaft wieder enger zusammenrückt.

Die organisatorische Erneuerung

Derzeit bietet die Wittener SPD dem Neu- (aber auch dem Altmitglied) die Möglichkeit, sich in seinem Ortsverein oder einer der vier Arbeitsgemeinschaften zu engagieren. Weitere Möglichkeiten werden nicht angeboten.

Während der Großteil der Ortsvereine noch grundsätzlich arbeitsfähig ist, sind die Arbeitsgemeinschaften weder innerparteilich noch in der Öffentlichkeit wahrnehmbar. Die Zielgruppen finden sich derzeit dort nicht wieder, Netzwerke existieren wenn überhaupt nur rudimentär und hängen zu häufig mit Einzelpersonen zusammen. Dies führt bei dem Ausscheiden eines Aktiven zum Zusammenbruch des Netzwerkes.

Die Ortsvereine

Die Ortsvereine sind seit der Amtszeit des jetzigen Vorstandes von 26 auf 19 reduziert worden - teilweise wie in Herbede unter schwierigsten Bedingungen, aber auch unproblematisch wie in Ardey/Borbach oder in Ost/Sonnenschein.

Der Anteil der Aktiven bei der Vorstandsarbeit dürfte durchschnittlich bei 10%, bei Versammlungen und besonderen Veranstaltungen (Sommerfest, Osterfeuer, Tanz in den Mai, Weihnachtsfeier) bei 20% liegen.

Allein bei der Ermittlung des Durchschnittswertes, also einer Division der 2000 Mitglieder durch die 19 Ortsvereine haben die Wittener Ortsvereine im Schnitt 105 Mitglieder, also ca. 10 Aktive im Vorstand.

Das Alter der Vorstandsmitglieder verhält sich in den meisten Ortsvereinen proportional zum Alter des Ortsvereins selbst bzw. des Vorstandes. Damit ist die Wittener SPD ohne die älteren Mitglieder handlungsunfähig.

Die Struktur der Organisation in lokalen Gruppen, also in Ortsvereinen ist die richtige - sie allein erlaubt es, die Menschen vor Ort anzusprechen, die Probleme dort aufzunehmen wo sie entstehen und mit den Menschen gemeinsam zu lösen. Die Stärke der Ortsvereine muss ausgebaut werden, d.h. sie müssen noch mehr als bisher wahrgenommen werden. Dies gilt für die Öffentlichkeitsarbeit ebenso wie für das Engagement in den Vereinen und Verbänden vor Ort. In jedem Stadtteil muss in den größeren Vereinen mindestens ein SPD-OV-Mitglied Mitglied des engeren Vorstandes sein.

Die Aufgabe der Ortsvereine sollte es sein, inhaltliche stadtteilbezogene Arbeit zu leisten. Vom allseits bekannten "Kanaldeckel" bis zur Stadtteilentwicklung sollte der Ortsverein gemeinsam mit den BürgerInnen moderierte Diskussionen führen und sich zu deren Sprachrohr - auch gegen(über) der Verwaltung - machen.

Dazu müssen die Ortsvereine die Strukturen ihres Bereiches analysieren um festzustellen, welche Schwerpunkte in der inhaltlichen aber auch organisatorischen Arbeit gewählt werden müssen. Dieser Prozess, der auch eine Jahresplanung und Schwerpunktbildung umfasst, sollte durch den Stadtverband und den Unterbezirk unterstützt werden.

Für ihre Arbeit benötigen die Ortsvereine eine geeignete finanzielle Ausstattung; aufgrund der "finanziellen Schieflage" des Landesverbandes sind nun auch die Möglichkeiten der Ortsvereine eingeschränkt, denn sie erhalten derzeit nur einen reduzierten Teil des Beitragsaufkommens. Bei einem Durchschnittsbeitrag von 6,26 Euro muss ein Ortsverein mit 105 Mitgliedern also mit einem Jahresetat von 591 Euro auskommen; dieses reicht gerade für das Versenden von Einladungen, den Kauf eines Jubilargeschenkes und eine kleine Spende für den Männer-Gesangsverein des Ortsteils - sicherlich kaum für politische Arbeit.

Neben einer innerparteilichen Diskussion über die Verteilung von Mitgliedsbeiträgen sollte daher in der Wittener SPD die stadtteilübergreifende inhaltliche Arbeit durch den Stadtverband geleistet werden, der die Ortsvereine mit Referenten, Organisation und Hilfsmitteln unterstützt.

Den Menschen erklärt sich in den meisten Fällen nicht, warum mancher Stadtteil über mehrere Ortsvereine verfügt, so z.B die Innenstadt über 9 Ortsvereine bei 34.000 Einwohnern, der Stadtteil Bommern bei 8.700 Einwohnern jedoch nur über einen Ortsverein. Dazu kommt, dass Ortsvereinsgrößen von mindestens 200-250 Mitgliedern erreicht werden müssen, um lebendige und attraktive Strukturen anbieten zu können.

Der Stadtverbandsvorstand plädiert dafür, mittelfristig die Anzahl der Ortsvereine auf die Stadtteile und damit auf sieben zu begrenzen. Dies ist in den Stadtteilen mit Ausnahme der Innenstadt mehr als logisch, es führt auch nur in Annen und Herbede derzeit zu einem sehr großen Ortsverein mit 400 Mitgliedern und in der Innenstadt zu knapp 500 Mitgliedern. In diesen Bereichen ist über verbindliche Übergangsstrukturen zu sprechen die gewährleisten, dass spätestens zur Kommunalwahl 2014 schlagkräftige Organisationen existieren.

Wichtige Grundlage von OV-Grenzen sind dann neben der Stadtteilorientierung die Wahlkreisgrenzen der Kommunalwahl.

An dieser Stelle muss einmal festgehalten werden, dass der Stadtverband nichts anderes ist als der Zusammenschluss der Ortsvereine und damit der Mitglieder der Wittener SPD. Es sind im Stadtverband keine anderen Menschen tätig als in den Ortsvereinen, der Stadtverband lebt vom Engagement der Ortsvereine und ihrer Mitglieder.

Gleiches gilt für die vom Stadtverband zu initiiierenden Projekte, die nur unter Beteiligung der Ortsvereine zum Erfolg geführt werden können.

In den letzten Jahren war es verstärkt das Problem, dass die Kommunikation zwischen den Mitgliedern des Stadtverbandsvorstandes und den Ortsvereinen nicht beidseitig geführt wurde. Damit kommt man zu dem Schluss, dass die Ortsvereine stärker in die Arbeit des Stadtverbandsvorstandes einbezogen werden müssen.

Deshalb wäre es sinnvoll, wenn die OV-Vorsitzenden mit beratender Stimme an den Sitzungen des Stadtverbandsvorstandes teilnehmen können. Soweit sich dieses auf die Zusammensetzung des Stadtverbandsvorstandes auswirkt wird auf unten verwiesen.

Die Arbeitsgemeinschaften

Die vier vorhandenen Arbeitsgemeinschaften machen ihre Arbeit derzeit vollkommen unabhängig, d.h. weder in die inhaltliche Arbeit des Stadtverbandes integriert noch mit einer vorhandenen Jahresplanung. Es wird Aufgabe des Vorstandes sein, die Tätigkeiten der Arbeitsgemeinschaften besser zu koordinieren und in

die Jahresplanung des Stadtverbandes einzubinden. Ihre Funktion als zielgruppenorientierter Zusammenschluss muss verbessert und ausgebaut werden; dazu muss es auch erlaubt sein, eigene Stellung zu beziehen und als Arbeitsgemeinschaft unabhängig von anderen Zusammenhängen wahrgenommen zu werden. Die AG's vereinbaren mit dem Vorstand die inhaltlichen Schwerpunkte und legen für ihre Arbeit dem Vorstand das Programm vor.

Im Rahmen der Diskussion mit den AG's sollte darüber nachgedacht werden, ob nicht entweder weitere AG's (Soziales, Juristen, Selbständige) oder zumindest "Stammtische" für diese Gruppen eingerichtet werden, entweder auf Wittener oder auf UB-Ebene.

Die AG 60+

Von den Arbeitsgemeinschaften ist die derzeit erfolgreichste sicherlich die AG 60+, nicht nur durch den "automatisch" wachsenden Anteil von Aktiven, sondern auch durch die Stetigkeit des Engagements. Es gibt keinen Wahlkampf, keine Aktion und keine Veranstaltung, bei der nicht regelmäßig eine große Anzahl von Senioren das Rückgrat der Aktiven bildet. Die Verteilung des Sackträgers, aber auch eines Kandidatenbriefes oder Flugblattes wäre ohne die aktiven Senioren unmöglich. Die Ortsvereine und der Stadtverband müssten professionelle Hilfe in Anspruch nehmen - gegen "teures Geld".

So sehr die AG 60+ auch das Rückgrat bildet, es ist ihr noch nicht gelungen, ein Netzwerk in der Seniorenpolitik zu bilden und Ansprechpartner für Ältere zu sein.

Insoweit wäre eine inhaltliche Anreicherung der Arbeit der AG 60+ wünschenswert. Hier könnte beispielsweise durch eine gemeinsame Aktion mit den Jusos das Thema "Generationengerechtigkeit" besetzt werden, vielleicht auch verbunden mit der Einführung der Erzählcafés(s.0.).

Thematisch könnte sich auch der "SeniorInnenbeirat" oder "Altengerechtes Wohnen" anbieten; auch der Bereich "Pflege" ist in der "Gesundheitsstadt Witten" ein interessantes Betätigungsfeld von SPD-SeniorInnen für SeniorInnen.

Die Jusos

Verbunden mit dem Altersprozess der Partei ist auch der Organisationsgrad der Jusos gesunken. Waren noch Mitte der 80er 20% der Mitglieder unter 35 (880 von 4400) sind es heute noch 5% (100 von 2000).

In den letzten 15 Jahren ist es kaum gelungen, einen arbeitsfähigen Vorstand zu wählen, der Eintritt der Mitglieder unter 35 Jahren ist unterproportional.

Dazu kommt, dass gerade Mitglieder in diesem Alter binnen der ersten 18 Monate entweder wieder austreten, oder aber nach kurzer Aktivität nicht mehr zu den Sitzungen des Ortsvereins oder der Jusos erscheinen.

Hier müssen die Jusos für Abhilfe sorgen, gerade in den ersten Monaten aktiver Ansprechpartner sein, das Neumitglied könnte gemeinsam mit einem Funktionär und dem OV-Vorsitzenden zur Übergabe des Parteibuches aufgesucht werden.

Auch ein Neumitgliederempfang, vielleicht mit einem "Prominenten", zu dem das Neumitglied abgeholt wird, könnte den Zusammenhalt stärken.

Daneben müssen die Jusos wieder zu einer wahrnehmbaren Stimme der Jüngeren in unserer Stadt werden, wenn es um die politische aber auch die kulturelle Gestaltung des persönlichen Umfeldes geht.

Die ASF

Die ASF muss ihre Rolle innerhalb und außerhalb der Partei überdenken. Auf der einen Seite gibt es heute zahlreiche Frauen, auch SPD-Mitglieder, die den Weg zur ASF nicht finden, weil sie der Auffassung sind, eine geschlechtsspezifische Vertretung nicht zu benötigen. Andererseits haben wir in der Hochphase der ASF und der Diskussion um die Quote eine wesentlich größere Anzahl von aktiven Frauen gehabt was dafür spricht, dass Frauen bei geeigneter Förderung durchaus bereit sind, Funktionen zu übernehmen. Im Rahmen der Personalentwicklung kommt der ASF auch eine übergeordnete Rolle zu, denn es geht darum, geeignete KandidatInnen zu finden, die qualifiziert Positionen besetzen, um auch der Quote, aber erst Recht dem Bevölkerungsanteil bei der Wahrnehmung von Mandanten zu entsprechen - i.ü. gilt dies auch für die Wahrnehmung von Funktionen in den Ortsvereinen und im Stadtverband.

Daneben wird die ASF in den nächsten Jahren beweisen müssen, über geeignete Netzwerke in der Frauenpolitik zu verfügen und sich in aktuellen politischen Frauenthemen zu bewähren - die Veranstaltung zu den Regionalstellen war ein positives Beispiel.

Die AfA

Die AfA hat mit den veränderten Rahmenbedingungen des Ruhrgebietes auch in Witten an Einfluss verloren. Dies macht auch die geringe Anzahl von Betriebsgruppen deutlich, die derzeit noch ein Recht zur Entsendung von Delegierten haben. Dieses ist insoweit zu überdenken, als die Betriebsgruppen dann auch für die SPD eine geeignete Rolle in den Betrieben spielen müssen.

Die AfA leidet sicherlich auch unter der Entfremdung des Verhältnisses von Gewerkschaften und SPD - umso mehr hat sie die Aufgabe, dieses Vakuum entweder zu füllen oder den Brückenschluss zwischen diesen gesellschaftlichen Gruppierungen zu schaffen. Dazu sollte ein geeignetes Programm entworfen werden, bei welchem die AfA die breite Unterstützung der Partei und somit auch des Vorstandes erhält.

Die Beteiligung am 1. Mai und der unregelmäßige Arbeitnehmerempfang sind gute positive Beispiele die ausbaufähig sind; daneben könnten Verteilaktionen vor Werkstoren außerhalb von Wahlkämpfen sowie gemeinsame Aktionen mit den hiesigen Gewerkschaften und Betriebsräten die Arbeit beleben.

Der Stadtverbandsvorstand

Er ist seit März 2002 reines Wahlkampf vorbereitungs-, Durchführungs- und Nachbereitungsgremium gewesen. Einschließlich der Bürgermeister-Stichwahl 2004 und der Bundestagswahl im September 2005 wurden in drei Jahren sechs Wahlkämpfe durchgeführt.

Eine inhaltliche Diskussion politischer Fragen hat selten stattgefunden, vielmehr galt es getreu dem Leitspruch "Organisation ist Politik - Politik ist Organisation" alles zu organisieren, was nur möglich war.

Die einzige mögliche inhaltliche Diskussion - zur Aufstellung des Kommunalwahlprogramms - geschah nur in einem kleinen Kreis von Mitgliedern und war aufgrund der Haushaltssituation und zu kurz bemessener Zeit von wenig Phantasie und Diskussion in den Ortsvereinen geprägt. Zu Recht wurde dieses Vorgehen von der Mitgliedschaft kritisiert.

Der Vorstand ist in seiner jetzigen Größe auch mangels Festbeschreibung von Verantwortlichkeiten handlungsunfähig; allein der Versuch Termine zu vereinbaren hat groteske Züge, der Wunsch bestimmte Personen zu integrieren führt zu Verschiebungen von Terminen, die wiederum von anderen "Multifunktionären" nicht wahrgenommen werden können. Der Vorstand sollte eine verbindliche Terminplanung aufstellen, die sich möglichst an den Sitzungswochen des Bundes- und Landtages und an den Sitzungen der Fraktion, des HFA und des Rates orientiert.

Der Vorstand sollte ein Gremium mit kurzen Wegen sein - deshalb sollte die Anzahl der Beisitzer auf sieben reduziert werden, womit statt 22 stimmberechtigten Mitgliedern nur noch 13 vorhanden wären. Mit den neuen beratenden Mitgliedern (OV-Vorsitzende, s.o.) wäre zwar die gleiche Menge Mitglieder eingeladen, aber für Entscheidungen ist eine kleinere Menge von Mitgliedern zu beteiligen.

Dies entspricht auch der Verringerung der Mitgliedschaft, da zu einer Zeit, als die Partei über 4500 Mitglieder verfügte, 21 Vorstandsmitglieder gewählt wurden, nun bei 2000 Mitgliedern aber 22. Die Anzahl der Beisitzer wurde früher so gewählt, um vielen der 26 Ortsvereine eine Beteiligung an der Stadtverbandsarbeit zu gewährleisten. Dieses kann aber durch die beratende Funktion der OV-Vorsitzenden geregelt werden.

Allen Vorstandsmitgliedern sind Verantwortlichkeiten zuzuordnen; dabei repräsentiert die/der Vorsitzende den Stadtverband nach Innen und Außen.

Die stellvertretenden Vorsitzenden sollten unterschiedliche Aufgaben erhalten.

Während ein Stellvertreter für die inhaltlichen Fragen zuständig ist, nimmt der andere Stellvertreter die organisatorische Leitung wahr. Zu den inhaltlichen Aufgaben gehört die Bildungsarbeit, das Controlling der Arbeitsgemeinschaften und Projektgruppen, die Fortentwicklung der inhaltlichen Leitlinien und die Programmatik.

Der andere Stellvertreter ist Ansprechpartner der Ortsvereine, organisiert Veranstaltungen, kümmert sich um die Einladungen und die Tagungsorte.

Den Schriftführern kommt als Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes eine wichtigere Rolle zu, als dies bisher der Fall war.

Der erste Schriftführer nimmt seine originären Aufgaben wahr, ist jedoch auch Controller des Vorstandes, überwacht die Umsetzung von Beschlüssen, hält den Kontakt zu den oberen Parteigliederungen.

Der stellvertretende Schriftführer ist nunmehr auch Pressesprecher des Stadtverbandes und nimmt diese Rolle auch aktiv wahr, knüpft also Kontakte zu den Presseorganen, zum hauptamtlichen Pressefunktionär und zu den Verantwortlichen für die Presseorgane (Sackträger, Homepage, OV-Rundschreiben, Abgeordneten-Infos).

Der Schatzmeister kümmert sich gemeinsam mit dem Stadtverbandsbüro um die Finanzen des Stadtverbandes, sorgt sich um die Einholung von Spenden für die allgemeine Arbeit und die Wahlkämpfe und organisiert aktiv Anzeigen für den Sackträger.

Daneben werden sieben Beisitzer in den Vorstand gewählt, denen im Zusammenhang mit der Jahresplanung des Vorstandes bestimmte Aufgaben zugeordnet werden. Bei der Einbindung in die Arbeit sind die beratenden Mitglieder zu beteiligen; die Teilnahme beratender Mitglieder sollte auf alle Spitzenfunktionäre der Witterner SPD ausgeweitet werden, namentlich den Vorsitzenden der Kreistagsfraktion (wenn er aus Witten ist) oder sozialdemokratische Dezernenten bzw. persönliche Referenten.

Die jeweiligen Projektgruppenleiter sollten für den Zeitraum der Tätigkeit der Projektgruppe beratend an den Sitzungen teilnehmen. Alle beratenden Mitglieder sollten in die allgemeine Arbeit des Vorstandes eingebunden werden.

Die Zusammenarbeit zwischen dem Unterbezirk, dem Stadtverband und den Ortsvereinen sollte enger verzahnt werden; gleiches gilt für das Verhältnis der Fraktion zu den Ortsvereinen und dem Stadtverband.

Der Stadtverbandsausschuss

Hauptaufgabe des Ausschusses war in den letzten Jahren eher Beschlüsse über Empfehlungen abzugeben, als inhaltliche Arbeit zu leisten. Wenn auch zu Beginn der Amtszeit des hiesigen Vorstandes noch Themen aufgegriffen wurden, hat sich die Wahlkampfzeit negativ auf die Tagesordnung des Ausschusses ausgewirkt. Kurzfristige Einladungen helfen bei einer geplanten inhaltlichen Arbeit ebenfalls nicht weiter.

Der Ausschuss ist zu stärken, er ist das Entscheidungsorgan zwischen den Parteitag und damit die demokratisch legitimierte Instanz zur Festlegung der inhaltlichen Programmatik der Wittener SPD.

Der Ausschuss sollte sechsmal im Jahr parteiöffentlich tagen und dann mit einem inhaltlichen Schwerpunkt in der Tagesordnung ausgelegt sein. Außer aus Aktualitätsgründen sind die Einladungsfristen einzuhalten.

Durch die Verlagerung von allgemein interessanten Terminen werden die Ortsvereine entlastet und müssen nicht in 19 Mitgliederversammlungen 19x das Thema "Gesundheitspolitik" besprechen. Den Ortsvereinen steht ein Vorschlagsrecht für Themen vor, welches in der Satzung zu verankern ist.

Die Größe des Ausschusses sollte überdacht werden; derzeit werden zu Hauptversammlungen etwa 100 Delegierte eingeladen, zu den Ausschuss-Sitzungen 60. Es wird vorgeschlagen, an der Regel, die Ortsvereine unabhängig von ihrer Größe gleich zu beteiligen festzuhalten; der Verringerung der Vorstandsmitglieder von 22 auf 13 sollte eine Verringerung der Ausschussmitglieder folgen; sofern der obigen Struktur (7 Ortsvereine) gefolgt wird, können es drei Mitglieder pro OV sein, ansonsten sollte bei 19 Ortsvereinen ein Delegierter pro Ortsverein ausreichen, ab 12 Ortsvereinen zwei Delegierte. Durch die Parteiöffentlichkeit der Sitzungen ist aber eine breitere Beteiligung als bisher gewährleistet

Die Sitzungen sind grundsätzlich öffentlich, d.h. jedes Mitglied und jeder Bürger kann teilnehmen. Nur in Ausnahmefällen sind die Sitzungen auf die Parteiöffentlichkeit beschränkt (z.B. bei Nominierungsverfahren). Dadurch wird sichergestellt, dass Interessierte nicht ausgegrenzt werden. Die Sitzungen werden auf der Home-

page, in der Zeitung und per Rundmail bekannt gegeben, damit jedes Mitglied die Möglichkeit der Teilnahme hat. Zu den Sitzungen sind bei Bedarf gezielt Institutionen oder Verbände eingeladen.

Neben aktuellen Themen soll die Ausschusssitzung auch zur Fortentwicklung der Programmatik dienen, auch im Hinblick auf kommende Kommunalwahlen. Das Vorschlagsrecht für Tagesordnungspunkte haben neben den Ortsvereinen der Vorstand, die Arbeitsgemeinschaften und Projektgruppen.

Die Ausschusssitzungen sind projekt- bzw. ergebnisorientiert zu führen, d.h. entweder liegt ein vorbereitetes Papier zur Beschlussfassung vor, oder aber nach der Sitzung wird eine geeignete Stellungnahme verfasst.

Die Hauptversammlungen

Auch wenn wir in den letzten Jahren zahlreiche Hauptversammlungen durchgeführt haben (seit Mitte 2002 insgesamt 7), waren diese durch Wahlen oder kurze Referate gekennzeichnet; eine politische Diskussionskultur findet seit längerem nicht mehr statt. Dabei sind die Hauptversammlungen zum Beginn der Parteireform und diejenige zum Projekt 2020 positive Ausnahmen.

Aus den Ortsvereinen oder den Arbeitsgemeinschaften, aber auch aus dem Vorstand werden kaum Anträge an die Hauptversammlung verfasst. Allein eine aktuelle Resolution führt manchmal zu einem Beratungsbedarf, wenn auch eher kurz. Die teilweise lebhaften Debatten um das Kommunalwahlprogramm, die Agenda 2010 oder den Kurs zur Bundestagswahl 2005 machen deutlich, dass durchaus ein großes Diskussionspotential vorherrscht.

Daneben wird deutlich, dass die Hauptversammlungen noch zu häufig nach ähnlichen Strukturen wie seit 50 Jahren ablaufen, so als hätte es Arbeitsgruppen, Open-Space-Veranstaltungen oder Diskussionen um andere Veranstaltungsformen niemals gegeben.

Bei den Hauptversammlungen ist zukünftig darauf zu achten, dass auch in dieser großen Gruppe dem einzelnen Mitglied die Gelegenheit gegeben wird, sich auch in einer kleineren Gruppe einzubringen. Dazu sind die - bereits früher mit großem Erfolg - genutzten Formen zur Belebung der Parteiarbeit auszubauen.

Neben dem erweiterten Diskurs über politische Themen sollen die Gliederungen zukünftig aufgefordert werden, zu bestimmten Themen Anträge zu diskutieren und einzubringen. Bereits ein Beispiel könnten die vorliegenden Diskussionsvorschläge zur Parteireform sein, wozu die Gliederungen zur Hauptversammlung im Frühjahr 2007 geeignete Vorschläge in Antragsform einbringen sollen.

Es sollten unabhängig von Nominierungs- und Wahlhauptversammlungen in der Regel zweimal jährlich öffentlichkeitswirksame Versammlungen stattfinden, die im Diskurs mit Wittener Vereinen und Verbänden die inhaltliche Programmatik prägen.

Die Projektarbeit

Viele Mitglieder möchten sich nicht dauerhaft in die politisch-organisatorische Arbeit des Ortsvereins einbringen und kandidieren auch aus diesem Grund nicht für die jeweiligen Vorstände. Trotzdem sind sie in der Regel interessiert, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten in die Partei einzubringen. Mit Hilfe von zeitlich begrenzten inhaltlichen und organisatorischen Projekten können auch diese Mitglieder einbezogen werden.

Diese Projektgruppen sollten durch den Stadtverband verstärkt eingerichtet werden; die Themen sollen sich an der Aktualität, den Interessen der Mitglieder aber auch den Anfragen aus der Bevölkerung orientieren.

Die Finanzen

Ebenso wie die Ortsvereine leidet auch der Stadtverband unter mangelnden Finanzen. Es ist zu berücksichtigen, dass der Stadtverband nicht mit einem Cent an den Mitgliedsbeiträgen beteiligt ist, also über keine ständigen Einnahmen verfügt.

Allein durch Spenden kann der Stadtverband seine Arbeit auf Dauer nicht leisten, wobei diese in den letzten Jahren auch noch enorm gesunken sind. Demgegenüber hat der Stadtverband fixe Kosten mit der Büromiete, dem Vorhalten technischer Einrichtungen sowie der sonstigen Organisationsarbeit. Hinzu kommt eine größere Unterdeckung bei der Finanzierung des Sackträgers.

Gemeinsam mit den Ortsvereinen ist sicher zu stellen, dass der Stadtverband über ausreichende Finanzen verfügt, um seiner gewachsenen Aufgabe entsprechen zu können. Dabei ist zeitgleich mit den Obergliederungen zu diskutieren, wie Stadtverbände - als im Statut neuerdings verankerte Gliederungen - ihre Aufgaben wahrnehmen sollen, sofern sie nicht über finanzielle Mittel verfügen. Auch hier sollte das Konnexitätsprinzip Einfluss finden.

Die Büroeinheiten

Selten findet man in Stadtverbänden die glückliche Lage, dass gleich mehrere Büroeinheiten in einem Gebäude untergebracht sind. In der Annenstr. 8 finden sich der Stadtverband, der Unterbezirk, der Landtags- und die Bundestagsabgeordnete als auch die Kreistagsfraktion. Eine Vermengung der jeweiligen Aufgaben

ist strikt zu verhindern, da die Einheiten unterschiedliche Aufgaben wahrnehmen.

Es sollte dennoch darüber nachgedacht werden, wie die Einheiten effizient für die Arbeit der SPD genutzt werden können. Wir begrüßen positiv, dass es nach Jahren endlich gelungen ist, die Stelle eines hauptamtlichen Pressereferenten auszuschreiben, der sich um die Öffentlichkeitsarbeit des Stadtverbandes gemeinsam mit der Fraktion, der Bundestagsabgeordneten und dem Landtagsabgeordneten sowie der Ortsvereine kümmert. Dies würde ein großes Manko der bisherigen Öffentlichkeitsarbeit lösen.

Daneben sollte über vorhandene Mehrfachstrukturen nachgedacht werden; eine Bündelung der Arbeit könnte andere Ressourcen freisetzen. Die Veränderung der Räumlichkeiten, des äußeren Erscheinungsbildes des Gebäudes aber auch die Erreichbarkeit zu "arbeitnehmerfreundlichen Zeiten" müssen gewährleistet werden.

Die Öffentlichkeitsarbeit

Wie bereits oben ausgeführt ist die Öffentlichkeitsarbeit ein Manko unserer Arbeit. Zur Professionalisierung wurde oben bereits vorgeschlagen, eine hauptamtliche Stelle „Pressearbeit“ zu besetzen.

Der Arbeitsbereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit /Interne Medien würde dann künftig noch enger mit allen Gremien zusammenarbeiten. Neben der Fortsetzung des bisherigen gegenseitigen Austausches von Informationen wird es zusätzlich darum gehen, eine klare Abgrenzung zwischen der Pressearbeit der einzelnen Gremien vorzunehmen.

Bei der Öffentlichkeitsarbeit sollten verstärkt auch weitere Akteure der Wittener SPD mit tagesaktuellen Positionen zu Wort kommen, die in der Wahrnehmung von Teilöffentlichkeiten entscheidend zum Bild der Wittener SPD beitragen.

Dies sind insbesondere die Abgeordneten, aber auch die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder, die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften und Ortsvereine, der Ratsausschüsse(oder deren Sprecher) und der Arbeits- oder Projektgruppen.

Analog zu dem verstärkten Bemühen mit den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen in einen intensiveren Dialog zu treten, sollte über die Pressearbeit ebenfalls die Arbeit der letztgenannten Personen stärker hervorgehoben werden. Allerdings haben die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt, dass es mit der bloßen Bekanntmachung bereits laufender Projekte und Initiativen nicht getan ist. Vielmehr muss es darum gehen, zukünftig medial vermittelbare Themen und Aktionen zu initiieren und als Kampagnen zu organisieren.

Über die übliche Pressearbeit hinaus werden im Arbeitsbereich Öffentlichkeitsarbeit Informationsmaterialien erstellt und verbreitet. Die gesamte Pflege des umfangreichen Informationsangebotes und der Internet-Auftritt der Wittener SPD sowie der Ortsvereine wird hier gestaltet und gepflegt. Dazu gehört auch die Betreuung von Internetbeauftragten der Ortsvereine.

Der Sackträger als stadtweit bekanntes Publikationsorgan der Wittener SPD ist unverzichtbar; das Erscheinungsbild ist mit den letzten Ausgaben erfolgreich modernisiert worden. Nun kommt es darauf an, ihn zu einem Medium zu gestalten, das regelmäßig und damit auch außerhalb der Wahlkämpfe erscheint. Die Einwerbung von Anzeigen ist dabei unverzichtbare Grundlage; diese Aufgabe kommt dem Schatzmeister zu. Bei einer geeigneten Anzahl von Anzeigen kann das Medium kostendeckend hergestellt werden, wobei die Verteilung jedoch weiterhin über die Mitgliedschaft erfolgt. Nur eine Erhöhung der Seitenzahl bei geeigneter Anzeigenschaltung könnte es erlauben, das der Sackträger über professionelle Verteilung der Deutschen Post AG in die Haushalte gelangt.

In der heutigen Zeit dürfte es jedoch ebenso unverzichtbar sein, auch kurzfristig Informationen der Wittener SPD in Form von Flugblättern, Flyern oder mit Hilfe anderer Aktionen zu transportieren. Dabei kann auch eine zielgerichtete Verteilung an bestimmten Orten, in bestimmten Stadtteilen oder postalisch an Zielgruppen erfolgen. Auch das Medium Internet und E-Mail bieten Möglichkeiten, die derzeit nur unterdurchschnittlich genutzt werden.

Die personelle Erneuerung

„Wissen ist Macht“, diese Erkenntnis der Gründungsväter der SPD hat nichts an Aktualität eingebüßt. Zunehmend werden die Bildungsangebote für die Mitglieder zu einem „Gebrauchswert“, den die SPD exklusiv liefern kann. Die Mitglieder erwarten, das „Erlernte“ auch beruflich und persönlich nutzen zu können. Somit bekommt die innerparteiliche Bildungsarbeit zunehmend eine neue und größere Bedeutung. Sie wird auch zu einem wichtigen Argument zur Mitgliederwerbung und zur Maßnahme der Mitgliederbindung.

Die Partei hat auf allen Ebenen die gemeinsame Aufgabe zur Nachwuchsförderung sowie zur Spitzen- und Breitenbildung. Ziel unserer Bildungsarbeit muss sein, die Mitglieder verstärkt auf die Übernahme von Funktionen und Mandaten vorzubereiten. Der Weitergabe von Erfahrungen, der Begleitung von und der Einarbeitung in Aufgaben oder auch nur der Möglichkeit, Hilfestellung zu erfahren, muss mehr Raum gegeben werden. Wir müssen unsere Führungskräfte und den Führungsnachwuchs in der Mitgliederpartei nachhaltig fördern, zur permanenten inhaltlichen Fortentwicklung befähigen und schulen.

Wir wollen dem großen Interesse der Mitglieder und vor allem Neumitglieder an Bildungsangeboten der Partei Rechnung tragen. Der Stadtverband setzt sich dafür ein, dass auf Unterbezirksebene Neumitgliederseminare in regelmäßigen Abständen stattfinden. Dort soll die Geschichte der Sozialdemokratie, die Aktualität der Grundwerte, die Vermittlung des Organisationsprinzips und des Parteaufbaus sowie das Kennenlernen der innerparteilichen Demokratie Gegenstand der Seminare(Abendseminare) sein.

Die Wittener SPD nutzt die Ressourcen der über 2.000 Mitglieder mehr als unzureichend. Entweder werden solche Ressourcen nicht abgefragt, oder aber sie sind nicht bekannt, schlimmstenfalls sind sie bekannt, aber werden nicht genutzt.

Ein solches schlechtes Beispiel sind unsere ausgeschiedenen Funktionäre, deren Fachwissen wir nicht weiter nutzen, sondern "brach liegen lassen". Wir nutzen diese Mitglieder weder als Ratgeber, noch als Wissenstransporteur.

Wir sollten ein eigenes Mentoring-Programm entwickeln, bei dem interessierte Mitglieder sich beteiligen können, um von den Amtsinhabern oder Ausgeschiedenen zu profitieren.

Wir sollten einen "Seniors-Club" gründen, in dem sich die Ausgeschiedenen zweimal jährlich mit den amtierenden Funktionären treffen, sich austauschen und ihre Auffassung darstellen. Im Rahmen dieses Diskurses ist nicht nur die konstruktive Kritik gefragt, sondern auch der Wille, zuzuhören.

Evt. könnte der „Seniors-Club“ auch Patenschaften für einzelne Mitglieder übernehmen, um diese zu fördern.

Daneben bietet die Partei genügend eigene bzw. nahestehende Schulungspartner (FES, SGK, Kommunalakademie, PV,) die gemeinsam mit Schulungsangeboten der örtlichen Gliederung (STV,UB) und der jeweiligen Fraktionen in ein Konzept geformt werden sollten. Auch hier sollte eine persönliche Verantwortlichkeit im Stadtverbandsvorstand gefunden werden.

Wer Talente fördern will muss sich bewusst sein, dass es solche auch außerhalb unserer Partei gibt. Diesen Menschen müssen wir uns öffnen, wir müssen bereit sein zu akzeptieren, dass es auch Menschen gibt, die sich nicht vorrangig an unsere Partei binden, jedoch unsere Ziele unterstützen wollen.

Die Mitgliederwerbung muss ausgebaut werden; insbesondere die Ansprache von Neumitgliedern scheint mehr als überdenkenswert.

Heute erhält ein neues Mitglied sein Parteibuch, wenn es Pech hat im Briefkasten und dann - wenn es noch mehr Pech hat - eine Einladung zur Mitgliederversammlung nach neun Monaten, oder aber die Aufforderung, Flugblätter zu verteilen. So können wir mit Menschen nicht umgehen, die neu in unsere Partei eingetreten sind.

Es ist darüber nachzudenken, ob es nicht für neue Mitglieder einmal jährlich zu Beginn des Jahres einen Neumitgliederempfang gibt, zu dem ein Prominenter eingeladen wird. Dies bringt die neuen Mitglieder zusammen, sie können sich austauschen, durch den Prominenten hat man ein Zugpferd. Daneben ist darüber nachzudenken, ob nicht neue Mitglieder durch einen lokalen Prominenten gemeinsam mit dem OV-Vorsitzenden direkt nach ihrem Eintritt besucht werden.

Eine Broschüre über die Ansprechpartner in Witten, die "Beteiligungsmöglichkeiten" und die Struktur der Wittener SPD wäre sicherlich ebenfalls hilfreich. Vielleicht könnten in diesem Zusammenhang auch Ressourcen, Kompetenzen und Interessen abgefragt werden, um für das Mitglied ein "maßgeschneidertes Angebot" zu erstellen.

Ein strukturiertes Personalentwicklungskonzept ist dringend erforderlich. Solange nach dem derzeitigen Wahlrecht DirektkandidatInnen für Wahlkreise bestimmt werden, können die Ortsvereine weiterhin „Ihre“ KandidatInnen bestimmen; der Stadtverband hat jedoch die Aufgabe, aus den vorgeschlagenen Kandidatinnen ein Team zu formen, welches den Anspruch erlaubt, alle Direktwahlkreise zu gewinnen und den BürgerInnen ein schlagkräftiges kompetentes Team zu präsentieren. 26 KandidatInnen, die sich alle für Umweltpolitik stark machen, könnten ein solches Team nicht repräsentieren. Daneben hat der Stadtverband sicher zu stellen, dass die satzungsgemäßen Vorgaben zur Quotierung eingehalten werden.

Sofern es zu einem geänderten Kommunalwahlrecht käme muss sich die Wittener SPD darauf einstellen, eine stadtweite Liste aufzustellen die es erlaubt, bei der Form des „Kumulieren und Panaschierens“ sämtliche Stimmen der Bürgerinnen und Bürger auf unserer Liste zu vereinen.

Im Rahmen eines Bildungsprogramms ist der Etat durch die Ortsvereine, den Stadtverband, die Fraktion und mit Mitteln der o.g. Institutionen sicher zu stellen. Daneben ist eine finanzielle Beteiligung der Teilnehmer erforderlich, denn "was nichts kostet, ist nichts wert". Es ist darüber nachzudenken, ob der Beitrag des Mitglieds nach Teilnahme zurückgezahlt wird; inwieweit soziale Kriterien Berücksichtigung finden und wie die neu gewonnenen Kompetenzen des Mitglieds dann für andere Wittener Mitglieder genutzt werden können ist verbindlich fest zu legen.